

Lena Strothmann MdB



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Unklarheit herrscht leider immer noch hinsichtlich des weiteren wirtschafts- und sozialpolitischen Kurses der Sozialdemokraten: Wollen sie weiter die notwendige Modernisierung unseres Landes vorantreiben oder flüchten sie in die Realitätsverweigerung linker Wohlfühlpolitik? Bekennt sich die Partei-führung zu den Erfolgen der Sozial- und Arbeitsmarkt-reformen oder folgt sie den Forderungen des linken Flügels nach höheren Transferleistungen und Rücknahme der Reformen? Angesichts der Zerrissenheit der SPD ist die Union als der stabile Pfeiler der großen Koalition umso mehr gefordert. Auf uns kommt es deshalb an, wenn wichtige politische Projekte entschlossen angegangen werden sollen. Vor uns liegt noch viel Arbeit: Reform der Erbschaftssteuer, Föderalismusreform II, Senkung der Lohnnebenkosten, die Ausgestaltung des Gesundheitsfonds und die Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Pendlerpauschale sind nur einige wichtige Stichworte.

Ihre

Bundshaushalt 2009

In erster Lesung hat der Deutsche Bundestag das Haushaltsgesetz 2009 beraten. Die Konsolidierung des Bundeshaushalts ist gut vorangeschritten, das Ziel ist klar formuliert:

Haushaltsausgleich, d.h. ein Haushalt ohne Neuverschuldung im Jahr 2011.

Sichtbar wird dieses Ziel am vorgesehenen weiteren stufenweisen Abbau der Nettokreditaufnahme in den Jahren 2009 und 2010 (siehe nachfolgende Tabelle).

Ausgabe und Investitionen

Der Haushalt 2009 sieht Ausgaben in Höhe von 288,4 Mrd. Euro vor. Die Investitionen im Bundeshaushalt sollen um 1 Mrd. Euro gegenüber 2008 steigen, vor allen Dingen in den Bereichen Forschung, Bildung, Entwicklung sowie Verkehr. Die Investitionsausgaben erreichen eine Höhe von durchgängig 25 Mrd. Euro jährlich bis zum Jahr 2012.

Das strukturelle Defizit – bestehend aus Neuverschuldung und Einmaleffekten aus Privatisierungserlösen – wird in 2012 unter 2 Mrd. Euro liegen. Mit dem Bundeshaushalt 2009 und dem Finanzplan bis 2012 werden auch die wachstums- und beschäftigungsfördernden Ausgaben gestärkt. Die zukunftsorientierten Bereiche Klimaschutz, Forschung und Entwicklung sowie Entwicklungshilfe werden spürbar ausgebaut. Ferner wird das bereits mit dem Bundeshaushalt 2006 begonnene 25 Mrd. Euro-Impulsprogramm fortgeführt.

Zukunftsorientierte Familienpolitik

Neben dem neu eingeführten Elterngeld, dem verstärkten Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige und den Verbesserungen beim Kinderzuschlag für Geringverdiener ist die geplante Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag ab 2009 ein zentrales Anliegen unserer zukunftsorientierten Familienpolitik. Hierfür werden wir die haushaltsmäßigen Voraussetzungen schaffen.

Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik müssen alle Voraussetzungen für eine weitere Absenkung des Beitragssatzes der Bundesagentur für Arbeit ab 2009 geschaffen werden. **Hier liegt unser Ziel bei der Absenkung auf 2,8 % (von bei Regierungsantritt 6,5 %!).** Im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit müssen noch intensivere Anstrengungen zur Vermittlung und Qualifizierung von Arbeitslosen unternommen werden. Insbesondere bei den Eingliederungsleistungen sehen wir noch Effizienzsteigerungspotential, das sowohl den Arbeitslosen zugute kommt als auch das Budget entlastet.

Haushalts- und Finanzplan in der Übersicht:

	Soll	Entwurf	Finanzplan		
	2008	2009	2010	2011	2012
in Mrd. €					
Ausgaben	283,2	288,4	292,4	295,2	300,6
Veränderungen ggü. Vorjahr in %	+ 4,7	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,8
Einnahmen	283,2	288,4	292,4	295,2	300,6
Steuereinnahmen	238,0	248,7	255,4	266,3	276,0
Sonstige Einnahmen	33,3	29,2	31,0	28,9	24,6
Davon Einnahmen aus Kapitalvermö- gen (u.a. Privatisie- rung)	10,7	4,3	6,5	4,6	1,7
Neuverschuldung	11,9	10,5	6,0	0	0



Vorstandsbeschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

1. Energie-Positionspapier:

„Energie für Deutschland – jetzt die Weichen stellen für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung“

Die massiven Preissteigerungen bei Energie haben in aller Deutlichkeit die große Bedeutung einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Sicherung der Lebensqualität in unserem Lande bewusst gemacht.

Aus unserer Sicht ist entscheidend:

Es darf zu keiner weiteren Verteuerung der Energie durch weitere staatliche Maßnahmen kommen.

Es gilt zudem, Energie effizienter zu nutzen, neuen, erneuerbaren Energien zum Durchbruch zu verhelfen und durch einen breiten Energiemix – unter Einschluss der Kernenergie – mit möglichst vielen Lieferländern unsere Abhängigkeiten zu verringern.

Wir sind bereit, für die Bereiche Energieeinsparung und Energieforschung weitere Mittel aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung zu stellen.

Entlastungsfonds

Durch eine Laufzeitverlängerung unserer sicheren Kernkraftwerke kann ebenfalls eine Entspannung der Preissituation bei Strom und Gas erreicht und eine weiter zunehmende Abhängigkeit insbesondere von Gasimporten verhindert werden. Die Entscheidung über eine Verlängerung der Laufzeiten muss geknüpft werden an die Bereitschaft der Energieversorgungsunternehmen, zusätzliche Mittel für eine Entlastung der Bürger bereitzustellen, etwa durch die Schaffung eines Fonds für Entlastung in einer Größenordnung von 40 Mrd. Euro.

2. Entlastungspaket für die Bürger

Mit dem Ziel, den Bürgern eine Entlastungsperspektive aufzuzeigen, hat man sich im Rahmen dieser Klausurtagung auf ein **Entlastungspaket in einem Umfang von 10 Mrd. Euro** verständigt. Dazu gehören

- die verbesserte steuerliche Abzugsfähigkeit der Beiträge zur privaten und gesetzlichen Krankenversicherung,
- die Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages sowie
- die Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung.

Der Fraktionsvorstand fordert die Absenkung des Beitragssatzes von derzeit 3,3 auf 2,8 Prozent, damit können Arbeitnehmer und Arbeitgeber um insgesamt weitere 4 Mrd. Euro entlastet werden. Eine Absenkung in diesem Umfang ist finanzierbar, die bei der Bundesagentur für Arbeit aufgelaufenen Überschüsse müssen soweit wie möglich an die Beitragszahler zurückgegeben werden.

Termine

22.-28. September 2008	Sitzungswoche in Berlin
23. September 2008	Zukunftskongress des Verbandes der Fenster- und Fassadenhersteller in Berlin
26. September 2008	Besuch der Polizei Bielefeld im Reichstagsgebäude
29. September 2008	Bürgersprechstunde (bitte Termin vereinbaren)
30. September 2008	MIT Detmold Vortrag zum Thema "Weltweiter Energie-wandel – Chancen für Mittelstand und Handwerk"
03. Oktober 2008	Tag der Deutschen Einheit CDU-Veranstaltung mit Werner Kuhn MdL auf der Bielefelder Sparrenburg

Herausgegeben von Lena Strothmann MdB

Turnerstraße 5-9, 33602 Bielefeld, Tel. (0521)96 87 99 10, Fax (0521)96 87 99 11
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. (030)227-72 467, Fax (030)227-76 467
E-Mail: lena.strothmann@bundestag.de
Lena Strothmann im Internet: www.lena-strothmann.de